

Informationen zur Datenerhebung im Zusammenhang mit der Abwicklung von Vergabeverfahren

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:

Verbandsgemeindeverwaltung Cochem
vertreten durch den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Cochem Herrn Wolfgang Lambertz
Ravenéstraße 61
56812 Cochem
Telefon: 02671/608-0
Telefax: 02671/608-145
E-Mail: briefkasten@vgcochem.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Verbandsgemeindeverwaltung Cochem
Datenschutzbeauftragter
Stephan Weber
Ravenéstraße 61
56812 Cochem
Telefon: 02671/608-199
E-Mail: datenschutz@vgcochem.de

Kategorien personenbezogener Daten:

Folgende Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt und Kontaktdaten von Ansprechpartner/innen der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Anschriften, Telefonnummer)
- Daten zur Qualifikation eingesetzter Mitarbeiter/innen der Bieter für die Eignungsprüfung
- Daten zum Nachweis der Gesetzestreue des Unternehmens
- geforderte Angaben zu Referenzaufträgen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen im Rahmen der Eignungsprüfung

Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

Durchführung eines Vergabeverfahrens, u.a. zur Bereitstellung der Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen, Prüfung der Eignung, Pflege einer Bieterkartei

Rechtsgrundlagen:

Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSGVO

§ 22 Gemeindehaushaltsverordnung Rheinland-Pfalz,

VV Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz,

VOB/A, UVgO, VgV, Vergabestatistikverordnung (VergStaVO),

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters (WRegG)

Sollten die erforderlichen Angaben nicht bereitgestellt werden, kann das Angebot / der Teilnahmeantrag vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt nur so lange, wie dies unter Beachtung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfristen ergeben sich aus den vergabe-, vertrags- und förderrechtlichen Regelungen.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht.

Empfänger von personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:

Interne Empfänger:

die jeweiligen Fachabteilungen, die für die Vergabe und Auftragsausführung zuständig sind

Externe Empfänger:

- Gremien, die für die Zuschlagserteilung zuständig sind
- Fachbüros, die vom jeweiligen Auftraggeber beauftragt wurden
- Bundeskartellamt zur Einholung von Auskünften aus dem Wettbewerbsregister bei einer Auftragssumme ab 30.000 Euro (netto)
- Statistisches Bundesamt zur Meldung an die Vergabestatistik bei einer Auftragssumme ab 25.000 € (netto)
- Gerichte im Falle von Klagen

Es erfolgt grundsätzlich keine Übermittlung von Daten an ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO.

Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung z. B. zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, für öffentliche Archivzwecke, statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass uns eine Bearbeitung nur dann möglich ist, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten dürfen.

Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde im Land Rheinland-Pfalz ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

E-Mail poststelle@datenschutz.rlp.de

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Eine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten (bspw. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Abs. 5 Buchstabe c) Datenschutz-Grundverordnung nicht, da die Datenerhebung im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt ist und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist.